

Sonja Buckel • Anne Engelhardt • Maren Kirchhoff • Janika Kuge •  
Maximilian Pichl • Tino Petzold • Felix Syrovatka • Carolina A. Vestena\*

## Editorial: Kämpfe ums Recht

### 1. Rechtskämpfe in der Vielfachkrise

Der Kampf um die »sogenannten  
»formalen« Freiheiten, die man  
erst wirklich schätzen lernt, wenn sie  
einem genommen werden« (Poulantzas  
2002 [1978]: 231), ist heute wieder aktu-  
ell. Was Poulantzas am Ausgangspunkt  
der Neoliberalisierung als wesentliches  
Moment des autoritären Etatismus be-  
schrieb, ist (wieder oder immer noch)  
eine treffende Gegenwartsbeschreibung.  
In der aktuellen Konjunktur der mul-  
tiplen Krise (Demirović 2013) erleben  
wir eine erneute Intensivierung von  
*Rechtskämpfen*. Darunter lassen sich ge-

sellschaftliche Konflikte verstehen, die  
in die Eigenlogik des Rechts übersetzt  
und somit im Rahmen von Verfahren,  
mit Anrufung von Gerichten oder mit  
Bezug auf die Grammatik des Rechts  
ausgetragen werden (Buckel u.a. 2024;  
Pichl 2021; Vestena 2022). Rechtskämpfe  
treten in vielfältiger Form auf und ste-  
hen in engem Zusammenhang mit den  
multiplen Krisenerscheinungen unserer  
Zeit. In dem vorliegenden Heft versam-  
meln wir im Sinne einer Zeitdiagnose  
dieser Krisenkonjunktur Beiträge für  
eine kritische Auseinandersetzung mit  
der Rolle, den emanzipatorischen Poten-  
zialen und strukturellen Grenzen des  
Rechts in der aktuellen Konstellation.

---

\* **Sonja Buckel**  ist Professorin für Politische Theorie an der Universität Kassel. | **Anne Engelhardt**  ist wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Arbeitsgruppe Internationale Beziehungen und Politische Ökonomie an der Fakultät für Soziologie der Universität Bielefeld und ist Redakteurin der PROKLA. | **Maren Kirchhoff**  arbeitet an der Universität Kassel im DFG-Projekt »Die Bedeutung von Zeit in Konflikten um Arbeit und Migration«. | **Janika Kuge**  forscht und lehrt zum Nexus von Recht, Arbeit und Migration am Institut für Humangeographie an der Uni Frankfurt. | **Maximilian Pichl**  ist Professor für Recht der Sozialen Arbeit mit dem Schwerpunkt Demokratie, Partizipation und Rechtsstaatlichkeit an der Frankfurt University of Applied Sciences. | **Tino Petzold**  arbeitet zum Verhältnis Recht, Raum und Natur aktuell mit Schwerpunkt auf Wassergovernance im Klimawandel am Institut für Humangeographie an der Goethe-Universität Frankfurt. | **Felix Syrovatka**  leitet das Projekt »Juridische Strategien im Kollektivarbeitsrecht« an der Friedrich-Schiller-Universität Jena und ist Redakteur der PROKLA. | **Carolina A. Vestena**  ist Politikwissenschaftlerin und Rechtssoziologin. Aktuell vertritt sie die Professur für Politische Theorie an der Universität Kassel.

Unterscheiden lassen sich in der gegenwärtigen Konjunktur zwei Formen von Rechtskämpfen, in denen das Recht zugleich zur Zielscheibe und zum strategisch gewählten Austragungsort sozio-politischer Konflikte wird. Einerseits finden Kämpfe *im Recht* statt: Mit den Mitteln des Rechts werden strategisch soziale, politische oder ökologische Verhältnisse adressiert. Dazu gehören neben der Verteidigung der formellen Rechte im Poulantzas'schen Sinne auch Auseinandersetzungen um materielle Errungenschaften, die rechtlich institutionalisiert sind. Im Feld der Arbeit etwa lässt sich beobachten, wie sich die Auslegung vermeintlich etablierter Rechtsnormen in den vergangenen Jahrzehnten verschoben hat und dadurch gewerkschaftliche Handlungsräume verengt wurden (Syrovatka 2026). Klimaklagen wiederum machen das Recht zu einem Terrain, auf dem die Externalisierungsgeografien des fossilen Kapitalismus und damit die Bedingungen des (Über-)Lebens in der planetaren Krise verhandelt werden (Petzold/Pichl 2023). Andererseits sehen wir Kämpfe *um das Recht* selbst, in denen die Rechtsform als solche zum Gegenstand der Auseinandersetzung wird. Gemeint sind damit Angriffe auf rechtsstaatliche Prinzipien, Versuche, den Zugang bestimmter Bevölkerungsgruppen zum Recht zu beschränken, sowie Strategien, die rechtliche Institutionen unmittelbar treffen. Dazu gehören beispielsweise Angriffe auf Gerichte oder die politische Einflussnahme auf die Besetzung von Richter\*innenpos-

ten. In diesen Kämpfen wird das Recht selbst zur Angriffsfläche durch autoritäre Strategien, zugleich aber auch zur Verteidigungsposition gegen Übergriffe seitens des Staates oder gesellschaftlicher Akteure.

Im Schwerpunkt werden Rechtskämpfe beider Arten anhand unterschiedlicher methodischer Zugänge und empirischer Gegenstände porträtiert. Bevor wir diese im dritten Abschnitt detailliert vorstellen, entwickeln wir die Perspektive der Rechtskämpfe auf die Debatte der letzten Jahre als gemeinsamen theoretisch-konzeptionellen Zugang des Heftes.

## 2. Der Begriff der Rechtskämpfe

Die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit Rechtskämpfen kann an mehrere historische Wellen kritischer Theoriebildung anknüpfen (überblickend: Tushnet 1991; Buckel 2007/2015; Hahn 2024). Gerade in Phasen gesellschaftlicher Krise und Umbrüche rücken und rückten sowohl die Sozialwissenschaften als auch die Rechtstheorie verstärkt die politische Dimension des Rechts sowie die im und durch das Recht geführten Konflikte in den Blick. Was als Recht gilt, wie es auszulegen ist, wer wie darauf zugreifen oder es infrage stellen kann, variiert räumlich, zeitlich sowie hinsichtlich des Rechtsfeldes. Um dies zeitdiagnostisch zu analysieren, stellen wir in Kürze wesentliche Begriffe der materialistischen Rechtstheorie vor, wie sie in den letzten 20 Jahren im deutschsprachigen Raum aktualisiert wurden.

## 2.1. Die relationale Autonomie des Rechts in der Vielfachkrise

Die Mobilisierung des Rechts im Rahmen von Rechtskämpfen setzt voraus, dass gesellschaftliche Konflikte im juristischen Feld in einer dem Recht eigenen Logik verarbeitet werden können. Dies geschieht mittels spezifischer Verfahren und Handlungsweisen sowie durch die Übersetzungsarbeit der daran beteiligten Akteur\*innen. Diese Eigenlogik des Rechts wird in der materialistischen Tradition als »relationale« oder »relative« Autonomie diskutiert (zum Unterschied vgl. Buckel 2007/2015: 244). Der Begriff verweist auf die Verselbständigung sozialer Verhältnisse in kapitalistischen Gesellschaften, wie Marx sie am Beispiel der Warenform analysiert hat. Materialistische Staats- und Rechtstheorie (u.a. Paschukanis, Althusser, Poulantzas, Hirsch) haben diese Überlegung auf das Recht übertragen.

Die relationale Autonomie des »Juridischen« besagt, dass das Recht zwar nicht unabhängig von politischen Machtverhältnissen ist, dass diese sich aber spezifisch im Recht niederschlagen (Buckel u.a. 2026). Gesellschaftliche Kräfteverhältnisse strukturieren Kämpfe innerhalb der Rechtsform sowie in der Gesellschaft. Sie bilden sich aber im Recht nicht unmittelbar ab, sondern müssen auf spezifische Weise in juristischen Verfahren vermittelt und mit dem Rechtskanon kompatibel gemacht werden. Dieser fungiert als »Autoritätsspeicher« (Bourdieu 1986/2019: 44), der den Bereich des Möglichen vorgibt.

Bourdieu beschrieb das juristische Feld als »Kampfplatz um das Monopol des Rechts, Recht zu sprechen, d. h. [...] die gute Ordnung zu verkünden.« (Bourdieu 2019: 37). Auf diesem Kampfplatz stehen sich Arbeiter\*innen am Symbolischen (Richter\*innen, Anwalt\*innen, Rechtswissenschaftler\*innen) gegenüber. Sie verfügen über das sozial anerkannte Vermögen, das Recht als einen spezifischen Textkorpus auszulegen, »der ein legitimes Bild der sozialen Welt festlegt« (ebd.: 38). Mit Gramsci lässt sich von juristischen Intellektuellen sprechen, die die Hegemonie im Recht organisieren (Buckel/Fischer-Lescano 2007).

Diese relationale Autonomie konstituiert die widersprüchliche Grundstruktur des Rechts, das daher – so Oskar Negt (1973: 7) – im »Schnittpunkt von Emanzipation und Gewalt« liegt. Das Recht ist weder Herrschaftsinstrument einiger Mächtiger noch Medium der Emanzipation, sondern Moment einer antagonistischen Vergesellschaftung (Buckel 2021: 86). Wenn allerdings diese relationale Autonomie zerstört wird, kann es bestenfalls noch »Attrappen der Rechtlichkeit« (Luhmann 1985: 81) geben – wie beispielsweise die »Notverordnungen« im Übergang zum und im Nationalsozialismus, die an die Stelle allgemeiner Gesetze traten. Insofern geben Angriffe gegen Gerichte und andere Formen der Autoritarisierung in der aktuellen Konjunktur Anlass zur Sorge (siehe hierzu die Sonderausgabe »Will Law Save Democracy?« der Politischen Vierteljahresschrift, im Erscheinen).

## 2.2. Rechtskämpfe als Forschungsperspektive

Angesichts der weltweit zunehmenden Angriffe auf das Recht und der offensichtlichen Krise des liberalen Rechtsverständnisses halten wir die Analyse von Rechtskämpfen für ein fruchtbares Unterfangen, um gesellschaftliche Kräfteverhältnisse zu verstehen und das Verhältnis von Recht und Gerechtigkeit neu zu reflektieren. Mehr als um einen Untersuchungsgegenstand handelt es sich bei dem Begriff »Rechtskämpfe« um eine breitere Forschungsperspektive: Krisenentwicklungen sowie Potenziale für emanzipatorische Gegenbewegungen lassen sich mit dieser Linse sicht- und diskutierbar machen. In den Blick geraten dabei gerade auch die Konflikthaftigkeit im juristischen Feld sowie die Netzwerke der Akteur\*innen in der Rechtsmobilisierung (vgl. PROKLA 220). Die Perspektive der Rechtskämpfe ist anschlussfähig an rechtsgeografische Diskurse (Klosterkamp/Petzold 2022), die nach dem Zusammenhang von Recht, Raum und Macht fragen und Formen der räumlichen Ungleichheit und Selektivität in der Konzeption, Anwendung oder Wirkung von Recht thematisieren (Petzold 2018; Klosterkamp 2023, Kuge 2025). Das vorliegende Themenheft der PROKLA ist insofern auch eine Umschau in verschiedenen Debatten und Anwendungsbereichen unter dem Konzept der »Rechtskämpfe«.

## 2.3. Rechtskämpfe als Konjunkturindikator

In Anlehnung an diese Darstellung wollen wir uns hier auf die Verschränkung

mit der Konjunkturanalyse beziehen und darauf, wie diese beiden holistischen Ansätze im Wechselverhältnis stehen. In den letzten Jahren ist international ein verstärktes konzeptionelles Interesse am Begriff der Konjunktur zu verzeichnen. Damit verbunden ist die Weiterentwicklung historisch-materialistischer Methodologien unter dem Begriff der Konjunkturanalyse im engeren Sinne sowie verwandter Ansätze wie der historisch-materialistischen Politik- oder Policyanalyse (HMPA, Buckel u.a. 2014; Brand u.a. 2021; Kuge 2025; Mießner 2017; Ege/Gallas 2019; Sauer/Penz 2023). Sie greifen Gramscis (1991ff., Heft 1: 177) Unterscheidung auf zwischen einerseits dauerhaften Momenten der kapitalistischen Vergesellschaftung und andererseits Prozessen, die Ausdruck konjunktureller Schwankungen sind. Stuart Hall (Hall u.a. 1978: 16ff.) machte diese Überlegungen für die Analyse der »neoliberalen Konjunktur« fruchtbar.

Im Allgemeinen verstehen wir Konjunkturanalyse als eine spezifisch materialistische Zeitdiagnostik, die die gesellschaftliche Gegenwart als Verdichtung unterschiedlicher sozialer, politischer, ökonomischer, ideologischer und ökologischer Entwicklungen, Widersprüche und Kämpfe liest. Konjunkturen sind also spezifische Situationen, in denen »relativ autonome« Bereiche – die unterschiedliche Ursprünge haben, von unterschiedlichen Widersprüchen angetrieben werden und sich gemäß ihren eigenen Temporalitäten entwickeln – dennoch

im selben Moment »zusammengeführt« oder verdichtet werden« (Hall/Massey 2010: 59f.). Dabei sind insbesondere konjunkturelle Krisen relevant, in denen Widersprüche eklatant, Machtverhältnisse neu organisiert und strategische Möglichkeitsfenster geöffnet werden. Spezifisch sind Konjunkturen, weil in ihnen nicht einfach strukturelle Zwänge zum Ausdruck kommen. Vielmehr bilden sie raumzeitlich – also in Abhängigkeit von geografischem und historischem Kontext – je besondere Konstellationen aus wechselseitig verflochtenen und widersprüchlichen Entwicklungen und Kämpfen.

Gerade in den neueren Auseinandersetzungen mit der Konjunkturanalyse ist auffällig, dass Fragen des Rechts häufig ausgeblendet bleiben. Das ist erstaunlich, insofern sich aktuelle Debatten häufig auf die Studie *Policing the Crisis* (Hall u.a. 1978) beziehen, deren zentraler empirischer Gegenstand der Krisenanalyse die rechtliche Formierung ist. Wir gehen daran anschließend davon aus, dass eine Auseinandersetzung mit Konjunkturen einer systematischen Analyse der Rechtskämpfe als Analyseperspektive und Gegenstand bedarf: So lässt sich die konjunkturelle Bedeutung der Klimakrise kaum ohne deren völkerrechtliche Rahmung verstehen, die wiederum Anlaufpunkt für Klimaklagen ist (Broer/Vestena in diesem Heft). Zugleich finden Kämpfe um die Klimakrise vor dem Hintergrund lokal spezifischer Formen der Kriminalisierung der Klimabewegung und ihres Wechselverhältnisses zur *moral*

*panic* (Klaus u.a. 2025) oder in Form von Rechtskonflikten um städtische Klimaanpassungsplanung (Petzold 2023) statt.

Konjunkturanalyse und Rechtskämpfe stehen in einem wechselseitigen Verhältnis: Die Konjunktur als raumzeitlich spezifische Artikulation sozialer, politischer oder ökologischer Verhältnisse bildet sozusagen die Bühne, auf der Rechtskämpfe entstehen, Gestalt annehmen und Ergebnisse erzielen. Umgekehrt nutzen Akteur\*innen Rechtskämpfe zur strategischen Gestaltung der Konjunktur, reagieren also nicht nur auf äußere Umstände der Konjunktur, sondern wirken selbst strategisch auf die Entwicklung der Konjunktur ein. Rechtskämpfe sind ein zentrales Medium, durch das gesellschaftliche Widersprüche verdichtet, ausgetragen und zumindest partiell bearbeitet werden. Sie fungieren insofern als Konjunkturindikatoren, indem sie sichtbar machen, wo sich Kräfteverhältnisse tendenziell verschieben.

Wie Akteur\*innen Rechtskämpfe auf diese Weise nutzen, lässt sich anschaulich am Beispiel der Umwelt- und Klimapolitik zeigen. Gerade in diesem Bereich bilden sie seit Jahren einen wichtigen Teil der politischen Strategie emanzipatorischer Kräfte, um eine sozial-ökologische Transformation gegenüber fossilistischen Kapitalinteressen, politischen Projekten oder Planungsvorhaben einzufordern. Durch strategische Prozessführung werden Urteile zu besonders konfliktiven Fragen erzielt, Öffentlichkeit geschaffen und normative Ankerpunkte für die politische De-

batte gesetzt (Broer/Vestena in diesem Heft). Damit werden politische Kämpfe ins Recht übertragen und codiert. Zugleich wirken Urteile, Rechtsdebatten und das öffentliche Interesse an Prozessen in die politischen Debatten zurück und können diese beeinflussen. Zuletzt waren die sogenannten Klimaklagen Gegenstand medialer Berichterstattung. In diesen Klagen tragen verschiedene Gruppierungen ihren Anspruch auf eine lebenswerte Umwelt aus – sowohl in der Gegenwart als auch in der Zukunft – und fordern verstärktes staatliches Handeln (vgl. PROKLA 219).

Auch andere emanzipatorische Kräfte greifen auf strategische Prozessführung zurück, um nicht nur auf politische Debatten, sondern auch auf institutionelle und räumliche Konfigurationen einzuwirken. So kämpften beispielsweise NGOs sowie Arbeits-, Menschenrechts- und Klimarechtsorganisationen aus aller Welt über Jahre hinweg um eine Richtlinie, die gewährleisten sollte, dass alle EU-Staaten jeweils ein Lieferkettengesetz national umsetzen. Ein solches Gesetz eröffnet Rechtsräume für globale Verantwortung und Rechenschaftspflicht, indem es transnationale Unternehmen in die Verantwortung nimmt, menschen- und umweltrechtliche Standards entlang der Wertschöpfungsketten einzuhalten. Es eröffnet zudem Potenziale, unterschiedliche Akteur\*innen entlang der Lieferketten zu verbinden und ihre jeweiligen Kämpfe miteinander zu verknüpfen (Carstensen/Vestena 2023).

### 3. Rechtskämpfe in der Vielfachkrise

Die Beiträge des vorliegenden Heftes zeigen die zwei bereits erläuterten parallelen Linien als Eigenschaften von Rechtskämpfen auf: einerseits die Linie der Kämpfe *um das Recht*, wobei darum gerungen wird, was als »gute Ordnung«, als Recht und rechtens gilt. Insbesondere diese Linie scheint sich als politischer Kampfplatz aktuell zuzuspitzen und zu verdichten. Dabei werden gerade unter dem Einfluss autoritärer Regierungen bereits errungene Rechte angegriffen und infrage gestellt. Andererseits zeigen die Beiträge einige *soziale Kämpfe*, die *im Recht* ausgetragen und damit in dessen Logik überführt werden. Grenzen und Chancen solcher Übertragungen (ins Recht und aus dem Recht zurück) für das Potenzial der Entwicklung sozialer Kämpfe müssen dabei mitgedacht werden. Rechtskämpfe weisen damit auch immer über das Recht hinaus. Sie beeinflussen dabei, wie Gesellschaft über Recht, Unrecht und Gerechtigkeit spricht und wie dieses Verhältnis interpretiert wird. Die Analyse der Ausführung von Rechtskämpfen und ihrer Diskurse bietet Einblicke in aktuelle gesellschaftliche Kräfteverhältnisse. In diesem Sinne möchten wir nun in das Themenheft verschiedene Rechtskämpfe in der Vielfachkrise einführen, das als Gesamtes auch als Beitrag zu einer Konjunkturanalyse der Gegenwart zu verstehen ist.

Das Heft eröffnet ein Beitrag zu Rechtskämpfen um die sozial-ökologische Krise, in der Aktivist\*innen mit

Umwelt- und Klimaklagen versuchen, politische Rahmenbedingungen zu verändern und die Hauptverursacher von Klimawandel und Umweltzerstörung zur Verantwortung zu ziehen. *Christoph Broer* und *Carolina A. Vestena* diskutieren den Fall Lliuya gegen RWE, in dem der Peruaner Saúl Luciano Lliuya gegen den Energiekonzern RWE als einen der historisch größten Emittenten von Treibhausgasen klagte. Der Fall verweist exemplarisch auf die ungleichen Süd-Nord-Verhältnisse der Klimakrise. Zugleich ist er Ausdruck einer breiteren Konjunktur rechtlicher Mobilisierung im Umgang mit der sozial-ökologischen Krise, die sich in den letzten Jahren global herausgebildet hat. Dazu gehören neben Verfassungsklagen und Menschenrechtsbeschwerden auch Verfahren, um politische Verantwortlichkeit einzufordern, bis hin zu zivilrechtlichen Schadensersatzklagen. Der Beitrag gibt nicht nur Einblick in das Verfahren, sondern beleuchtet dabei die Potenziale, aber auch strukturellen Grenzen, die Rechtskämpfe in der sozial-ökologischen Krise aufweisen.

Rechtskämpfe im Kontext von Arbeitsverhältnissen diskutieren *Francesca Barp* und *Nikolai Huke*, die Konflikte um Arbeitsrechtsverletzungen aus alltagssoziologischer Perspektive analysieren. Ausgehend von alltäglichen Auseinandersetzungen um die Durchsetzung des Arbeitsrechts in Deutschland zeigen sie, dass Rechtsdurchsetzung kein nachgelagerter Implementationsschritt ist, sondern eine eigenständige Konfliktlinie von Rechtskämpfen. Indem sie

Kämpfe um Rechtsbrüche und Rechtsdurchsetzung fokussieren, rücken sie infrapolitische Strategien von Beschäftigten in den Vordergrund und damit Strategien, die unterhalb der Schwelle formaler Rechtsmobilisierung bleiben. Sie finden im »Schatten des Rechts« statt, beeinflussen aber dennoch maßgeblich, wie und ob Arbeitsrecht tatsächlich wirksam wird.

Einen wesentlichen Aspekt der aktuellen Konjunktur bildet die Wohnungskrise, und so ist das Verhältnis von Recht und Gerechtigkeit gerade in alltäglichen Themen wie Teuerung und Spekulation mit Wohnraum sowie Verdrängung hoch relevant. Soziale Kämpfe darum werden nicht nur in Form von Kampagnen wie *Deutsche Wohnen und Co. enteignen* in Berlin geführt, sondern auch rechtlich ausgetragen. Ein für alltägliche Wohnverhältnisse zentrales Rechtsgebiet bildet das Mietrecht, das im Beitrag von *Sarah Klosterkamp* im Mittelpunkt steht. Sie zeigt anhand gerichtsethnografischer Forschung zu Räumungsverfahren, dass solche Rechtskämpfe oft schon entschieden sind, bevor sie überhaupt vor Gericht verhandelt werden. Zwar enthält das Mietrecht Schutzmechanismen, die aber durchgesetzt werden müssen, was in der Regel Rechtsberatung und anwaltlichen Beistand erfordert. Klosterkamp zeigt, dass diese Unterstützungsstrukturen sozial und räumlich hochgradig ungleich verteilt sind. Anders als Vermieter\*innen stehen Mieter\*innen gerade aus Stadtteilen mit angespannten Wohnungsmärkten

oft ohne hinreichende Beratung oder Rechtsvertretung vor Gericht. Es entstehen deshalb ungleiche Geografien rechtlicher Infrastrukturen, die mitentscheiden, wer im Quartier bleiben kann und wer verdrängt wird. Zwar entschieden, so Klosterkamp, Richter\*innen und Anwält\*innen nicht bewusst gegen arme Menschen. Aber die sich weiter öffnende Schere von formaler Rechtsgleichheit und tatsächlicher Rechtsdurchsetzung sei letztlich eine Form zeitgenössischer Klassenjustiz.

Auch im vierten Beitrag stehen die Korrespondenzen zwischen sozialen Kämpfen und deren Einflussmöglichkeiten ins Feld des Rechts im Zentrum: Im Spannungsverhältnis zwischen patriarchaler spätkapitalistischer Konjunktur, multiplen Krisen und sozialen Bewegungen, die diese verändern wollen, zeigt *Jana Faber* eindrücklich, dass Rechtskämpfe und rechtskritische Praktiken sozialer Akteur\*innen wie Court Watching aus feministischer und antirassistischer Perspektive selbst konfliktreich sind. Denn insbesondere das Strafrecht wird seit jeher für seine sozialchauvinistische und rassistische Auslegung kritisiert, zugleich werden Morde an Frauen, die aus Trennungen oder »Kränkungen« resultieren, als »nachvollziehbar« verharmlost. Die Auseinandersetzung um das Strafrecht kann nur in begrenztem Maße für eine Politisierung gesellschaftlicher Probleme wie der strukturellen Abwertung weiblicher, nichtbinärer, trans und rassifizierter Leben genutzt werden. Denn wer das Recht nutzt, gestaltet es

zwar, schafft aber dessen Grundlage – ein zutiefst rassistisches, sexistisches, sozialchauvinistisches und extraktivistisches System – nicht ab.

Dass auch staatliche Akteur\*innen Recht strategisch nutzen, wird im Beitrag von *Sarah Kruck* in Bezug auf Verfahren gegen zivile Seenotrettung im Mittelmeer deutlich. Anhand einer Analyse von über 80 Verfahren zwischen 2017 und 2025 identifiziert Kruck, wie Verfahren vom Straf- ins Verwaltungsrecht verschoben wurden, und zeigt auf, dass diese Verschiebung Resultat von Lerneffekten ist. Dabei spielt sowohl die »prozessuale Selektivität« (Pichl 2021: 75; Köck/Kirchhoff, im Erscheinen) der beiden Rechtsgebiete als auch die gesellschaftliche Wirkung der Urteile eine entscheidende Rolle dafür, wie staatliche Stellen versuchen, zivile Seenotrettungsaktionen zu kriminalisieren bzw. effektiv zu verhindern.

Eine weiterführende Perspektive auf Rechtskämpfe im Feld der Migration und des Grenzregimes entwickeln *Vincent op 't Roodt*, *Luise Freitag* und *Sabine Hess*. Ausgehend von den rechtsautoritären Verschiebungen der Migrations- und Grenzpolitik seit 2015 und dem sich verdichtenden »Grenz-Autoritarismus-Nexus« zeigen sie, wie Migrationspolitik zum Laboratorium autoritärer Angriffe auf Rechte und Rechtsstaatlichkeit wird. Sie verstehen Rechtskämpfe nicht nur als formale juristische Interventionen, sondern rücken eine kollaborative ethnografische Forschungspraxis ins Zentrum, die sich als Teil sozialer und rechtlicher Infrastrukturen für Bewe-

gungsfreiheit begreift. Auf diese Weise fokussieren sie Repertoires kollektiver Sorge, solidarischer Infrastrukturen und gegenhegemonialer Wissensproduktion, die Möglichkeitsräume der Rechtsmobilisierung gegen die autoritäre Reorganisation des Grenzregimes erhalten und erweitern.

Schließlich blicken *Ben Hundertmark* und *Andrea Kretschmann* auf eine besondere Form von Rechtskämpfen: Sie untersuchen die Reichsbürgerbewegung und ihr Verhältnis zum Recht. Obwohl »Reichsbürger\*innen« die Verfassung und die geltende normative Ordnung aus verschwörungsideologischen Motiven ablehnen, beziehen sie sich dennoch auf das Recht. Sie setzen der Verfassung und Verwaltung ihre eigene Idee von Recht entgegen, um ihren Positionen eine spezifische »Wahrheitsform« zu verleihen. Diese rechten Rechtskämpfe sollen ihre radikalen Vorstellungen von einem Umbau von Staat und Gesellschaft transportieren.

In allen Beiträgen dieses Heftes wird deutlich, dass Rechtskämpfe eine wesentliche Arena bilden, in der die multiplen Krisenerscheinungen des Spätkapitalismus umkämpft werden. Zugleich zeigen sie aber auch, dass als Kennzeichen der aktuellen Konjunktur diese Arena selbst umkämpft ist. Damit das emanzipatorische Potenzial des Rechts in Rechtskämpfen überhaupt adressiert werden kann, muss das Recht als Terrain generell verfügbar und unabhängig von sozialräumlich ungleichen Ressourcen zugänglich bleiben. Eben das steht im Zuge der aktuellen Kämpfe um das Recht explizit

zur Disposition – aber auch die in den Artikeln aufgezeigten Ungleichheiten im Zugang zum Recht, in den strukturellen Verhältnissen des Rechts und in dessen Implementationen gefährden die emanzipatorischen Potenziale des Rechts als Speicher für die darin eingeschriebenen historischen Errungenschaften. Dass deren Wert gegenwärtig so deutlich hervortritt, bestätigt die eingangs formulierte Beobachtung von Poulantzas, dass man die formalen Freiheiten »erst wirklich schätzen lernt, wenn sie einem genommen werden«. Die Beiträge dieses Heftes kartieren, was Recht in Zeiten der Vielfachkrise leisten kann – und was es leisten muss, um nicht selbst zum bloßen Terrain autoritärer Restrukturierung zu werden.

\*\*\*

Diese Ausgabe wurde maßgeblich von den Gastredakteur\*innen *Sonja Buckel*, *Maren Kirchhoff*, *Janika Kuge*, *Maximilian Pichl*, *Tino Petzold* und *Carolina A. Vestena* konzipiert und umgesetzt. Die Redaktion dankt ihnen für diese engagierte Mitarbeit und die Perspektiven, die sie dabei eingebracht haben, ganz herzlich.

Am 30. Mai 2026 fand in Berlin die alljährliche Mitgliederversammlung der Vereinigung zur Kritik der politischen Ökonomie e.V. statt, dem Förderverein, der die PROKLA herausgibt und Redaktion und Beirat wählt. Der Beirat wurde in gleicher Zusammensetzung wiedergewählt. Für die Redaktion stand *Ingo Stützle* nicht mehr zur Wahl, der bei Heft 171 (2013) als Gastredakteur beteiligt war und anschließend in die Redaktion gewählt wurde. Von 2014

bis 2022 war er außerdem geschäftsführender Redakteur. Wir danken ihm ausdrücklich für das jahrelange Engagement für die PROKLA.

## Literatur

- Bourdieu, Pierre (2019): Die Kraft des Rechts: Elemente einer Soziologie des juristischen Feldes. In: Kretschmann, Andrea (Hg.): Das Rechtsdenken Pierre Bourdieus. Weilerswist: 35-75. DOI: <https://doi.org/10.5771/9783748901693-35>.
- Brand, Ulrich u.a. (2021): Contours of historical-materialist policy analysis. In: Critical Policy Studies 16(3): 279-296. DOI: <https://doi.org/10.1080/19460171.2021.1947864>.
- Buckel, Sonja (2007/2015): Subjektivierung und Kohäsion. Zur Rekonstruktion einer materialistischen Theorie des Rechts. Weilerswist.
- Buckel, Sonja (2021): »Berührungslose Kontrolle«. Kämpfe um die symbolische Macht des Rechts auf der Hohen See. In: Dies. u.a. (Hg.): Kämpfe um Migrationspolitik seit 2015. Bielefeld: 65-91. DOI: <https://doi.org/10.14361/9783839457535-003>.
- Buckel, Sonja / Fischer-Lescano, Andreas (2007): Hegemonie im globalen Recht – Zur Aktualität der Gramscianischen Rechtstheorie. In: Dies. (Hg.): Hegemonie gepanzert mit Zwang: Zivilgesellschaft und Politik im Staatsverständnis Antonio Gramscis. Baden-Baden: 84-105. DOI: <https://doi.org/10.5771/9783845201849>.
- Buckel, Sonja u.a. (2014): Theorie, Methoden und Analysen kritischer Europafor-schung. In: Forschungsgruppe »Staatsprojekt Europa« (Hg.): Kämpfe um Migrationspolitik. Theorie, Methode und Analysen kritischer Europafor-schung. Kultur und soziale Praxis. Bielefeld: 15-86. DOI: <https://doi.org/10.14361/transcript.9783839424025.15>.
- Buckel, Sonja / Pichl, Maximilian / Vestena, Carolina A. (2024): Legal Struggles: A Social Theory Perspective on Strategic Litigation and Legal Mobilisation. In: Social & Legal Studies 33(1): 21-41. DOI: <https://doi.org/10.1177/09646639231153783>.
- Buckel, Sonja u.a. (2026, im Erscheinen): Legal Struggles between Managerialism and Authoritarianism: Contesting European Supply Chain Regulation. In: German Political Science Quarterly.
- Carstensen, Lisa / Vestena, Carolina A. (2023): Globale Produktionsnetzwerke – »Auf die kollektive Mobilisierung kommt es an«. Beitrag für die Broschüre des DGB-Bund-Bildungswerks: Unternehmensverantwortung weltweit – Potenzial des Lieferkettengesetzes für die Gewerkschaftsarbeit, Reihe »Gute Arbeit Weltweit«. URL: <https://www.dgb-bildungswerk.de>, Zugriff: 24.7.2027.
- Demirović, Alex (2013): Multiple Krise, autoritäre Demokratie und radikaldemokratische Erneuerung. In: PROKLA 171 43(2): 193-215. <https://doi.org/10.32387/prokla.v43i171.266>.
- Ege, Moritz / Gallas, Alexander (2019): The Exhaustion of Merkelism: A Conjunctural Analysis. In: New Formations 96/97: 89-131. DOI: <https://doi.org/10.3898/NEWF.96/97.04.2019>.
- Gramsci, Antonio (1991ff.): Gefängnishefte. Kritische Gesamtausgabe, hg. v. Wolfgang Fritz Haug / Klaus Bochmann, 10 Bände. Hamburg.
- Hahn, Lisa (2024): Strategische Prozessführung im Klagekollektiv. Über die Bedeutung kollektiver Mobilisierung für den Zugang zu Recht. Baden-Baden. DOI: <https://doi.org/10.5771/9783748943525>.
- Hall, Stuart u.a. (Hg.) (1978): Policing the Crisis. Mugging, The State, and Law and Order. London.
- Hall, Stuart / Massey, Doreen (2010): Interpreting the crisis. In: Soundings (44): 57-71. DOI: <https://doi.org/10.3898/136266210791036791>.
- Klaus, Luise / Petzold, Tino / Dabo, Helen / Martens, Jennifer (2025): Klimabewegung, Staat und Recht. In: Green Legal Impact Germany e.V. (Hg.): Green Legal Spaces Studie 2025. Berlin: 32-56.
- Klosterkamp, Sarah / Petzold, Tino (2022): Rechtsgeographische Perspektiven und ihre Potenziale für die deutschsprachige Humangeographie. In: Geographische Zeitschrift 110(4): 205-211. DOI: <https://doi.org/10.25162/gz-2022-0011>.

- Klosterkamp, Sarah (2023): Geographie und Recht: Gerichtsverfahren und ihre Relevanz für das studying-up power bei der Kriminalitäts- und Terrorismusbekämpfung. Münster. DOI: <https://doi.org/10.56715/398634157>.
- Köck, Markus / Kirchhoff, Maren (2026, im Erscheinen): Prekär vertreten? Der voraussetzungsreiche Zugang zum deutschen Arbeitsrecht für transnationale Saisonarbeiter:innen. In: Herklotz, Tanja / Phan-Warnke, Lê (Hg.): Armut und Recht. Baden-Baden.
- Kuge, Janika (2025): Bleiberecht jenseits des Nationalstaats – Kämpfe um Sanctuary Policy in den USA. Münster. DOI: <https://doi.org/10.56715/978398634198>.
- Mießner, Michael (2017): Raumordnungspolitik als Verdichtung politischer Kräfteverhältnisse. In: sub\urban 5(1-2): 21-40. DOI: <https://doi.org/10.36900/suburban.v5i1/2.274>.
- Negt, Oskar (1973): Thesen zur marxistischen Rechtstheorie. In: Kritische Justiz 6(1): 1-19. DOI: <https://doi.org/10.5771/0023-4834-1973-1-1>.
- Petzold, Tino (2018): Austerity Forever?! Die Normalisierung der Austerität in der BRD. Münster.
- (2023): Legal Ecologies der Klimawandelanpassung. In: Geographica Helvetica 78: 507-518. DOI: <https://doi.org/10.5194/gh-78-507-2023>.
- / Pichl, Maximilian (2023): Klimaklagen in der Externalisierungsgesellschaft – Eine rechtsgeographische Perspektive. In: Klima und Recht 2(4): 112-115.
- Pichl, Maximilian (2021): Rechtskämpfe. Eine Analyse der Rechtsverfahren nach dem Sommer der Migration. Frankfurt/M.
- Poulantzas, Nicos (2002 [1978]): Staatstheorie. Politischer Überbau, Ideologie, Autoritärer Etatismus. Hamburg.
- Sauer, Birgit / Penz, Otto (2023): Konjunkturen der Männlichkeit. Affektive Strategien der autoritären Rechten. Frankfurt/M.
- Syrovatka, Felix (2026): Changing interpretations: freedom of association in Germany and the United Kingdom. In: Journal of Law and Society 53(1): 27-50. DOI: <https://doi.org/10.1111/jols.70037>.
- Vestena, Carolina A. (2022): Das Recht in Bewegung. Kollektive Mobilisierung des Rechts in Zeiten der Austeritätspolitik. Weilerswist. DOI: <https://doi.org/10.5771/9783748966562>.

## Der PROKLA Förderverein

Die PROKLA erscheint seit 1971 und bietet politisch engagierte sozialwissenschaftliche und ökonomische Analysen. Allein von den Verkaufserlösen kann sich die PROKLA nicht finanzieren, und in die Abhängigkeit von Parteien oder großen Verlagen wollte sie sich nie begeben. Deshalb wird die PROKLA von einem Förderverein herausgegeben, der »Vereinigung zur Kritik der politischen Ökonomie e.V.«, die jährlich in ihrer Vollversammlung die Redaktion der Zeitschrift wählt und die nächsten Themenschwerpunkte diskutiert.

Kritische Sozialwissenschaft kann nicht dem Markt überlassen werden. Ohne solidarische Strukturen und finanzielle Unterstützung sind Zeitschriften wie die PROKLA kaum möglich. Die finanziellen Beiträge der Vereinsmitglieder ermöglichen das Erscheinen der PROKLA, sie schaffen die Voraussetzungen für Kontinuität und Planbarkeit, wie sie für die Redaktionsarbeit unabdingbar sind. Wir freuen uns über weitere Mitglieder, regelmäßige Spenden oder einmalige Zuwendungen. Weitere Informationen teilen wir gerne per E-Mail mit ([redaktion@prokla.de](mailto:redaktion@prokla.de)).

Vereinigung zur Kritik der Politischen Ökonomie e.V.

Berliner Sparkasse | IBAN: DE25 1005 0000 0191 6398 85 | BIC: BELADEBEXX

# PROKLA ABO

## PROKLA abonnieren und verschenken!

Wer die PROKLA für sich oder als Geschenk abonnieren möchte,  
findet ein Abo-Formular auf der Website des Verlages:  
**[www.beritz-fischer.de/prokla-abo](http://www.beritz-fischer.de/prokla-abo)**

Als Abo-Prämie können Sie sich einen der untenstehenden Titel  
aus unserem Verlagsprogramm aussuchen.  
Wenn Sie per SEPA-Lastschrift zahlen, sogar zwei!



Sebastian Schädler  
**KONTROLLVER\*lust**  
Männer – Sex – Gewalt

Margit Mayer  
**Die US-Linken und die Demokratische Partei**  
Über die Herausforderungen progressiver Politik in der Biden-Ära



Decio Machado • Raúl Zibechi  
**Die Macht ergreifen, um die Welt zu ändern?** Eine Bilanz der latein-amerikanischen Linksregierungen.  
Übersetzung / Nachwort: Raul Zelik

Nina Scholz  
**Die wunden Punkte von Google, Amazon, Deutsche Wohnen & Co.** Was tun gegen die Macht der Konzerne?



Robin Hahnel • Erik Olin Wright  
**Alternativen zum Kapitalismus**  
Vorschläge für eine demokratische Ökonomie

## **HMPA-STUDIEN**

### **Historisch-materialistische Policy- und Politikanalysen**

Die Reihe wird herausgegeben von  
Uli Brand, Daniela Caterina, Fabian Georgi,  
John Kannankulam und Jens Wissel

**Open Access  
und Print**



Jakob Scherer  
**Künstliche Intelligenz, Gesellschaft und Natur**  
Zu den Konflikten um den  
Artificial Intelligence Act der EU  
HMPA-Studien 3  
ca. 200 Seiten  
Erscheint im September 2026



Johanna Schafgans Muñoz  
**Die zwei Spanien im 21. Jahrhundert**  
Populismus und der Kampf um Hegemonie  
in der Krise | HMPA-Studien 2  
ca. 350 Seiten | ca. 20 Fotos  
Erscheint im Oktober 2026



Gabriel Eyslein | Jakob Scherer | Florian Zschoche (Hg.)  
**HMPA. Handbuch zur historisch-materialistischen Policy- und Politik-Analyse**  
Grundlagen – Debatten – Entwicklungen  
HMPA-Studien 1 | Erscheint im Frühjahr 2027  
Unter Mitarbeit von M. Arnecke, A. Brad, U. Brand,  
J. Gress, V. Lenikus, D. Maneka, S. Rommerskirchen,  
E. Schneider, C. Séra-Penker.